

Anzahl von Nafris in Gefängnissen verdoppelt



Die Zahl der nordafrikanischen Häftlinge hat sich in Baden-Württemberg in den vergangenen zwei Jahren nahezu verdoppelt. Sie sind gewalttätiger als andere Gefangene, sie zeigen keinen Respekt gegenüber Justizbeamten, insbesondere gegenüber den weiblichen Kräften. Sie zeichnen sich zudem durch „forderndes Auftreten“, Drohungen und Gewalt gegen sich und andere aus.

Das Problem betreffe mehr oder minder alle Bundesländer, sagte der Vorsitzende des Bundes der Strafvollzugsbediensteten Deutschland, René Müller. „Besonders sind aber die Metropolen betroffen.“ Auch in Nordrhein-Westfalens Gefängnissen hat sich die Zahl der nordafrikanischen Gefangenen von 2014 bis 2016 mehr als verdoppelt und liegt nun bei 812. Sachsen will befristet Dolmetscher sowie weitere Psychologen einstellen und die Bediensteten besser schulen, verlautbarten die Ministerien.

Sprachkurse für Justizbeamte

Im grünen Südwesten sollen die Gefängnismitarbeiter wie auch in Schleswig-Holstein, jetzt die Sprache ihrer Peiniger in speziellen Kursen erlernen. Außerdem sollen in Baden-Württemberg und Bayern zusätzlich Videodolmetscher eingesetzt werden. Gefängnis-„Vorzeige“-Imam Mustafa Cimsit, der in diesem Zusammenhang von den Medien hofiert und zitiert wird, fordert eine bessere interkulturelle Schulung der Bediensteten und einen flächendeckenden Einsatz von Gefängnis-Imamen. Aufhorchen sollte man, wenn eine Person wie Cimsit mehr Imame fordert. Nach ein wenig Recherche stellt man fest: Für ihn selbst sind sogenannte „Islamisten“ einfach nur normale Muslime, die er in den Schutz der Ummah (Gemeinschaft der Muslime) gestellt sehen will. Auch spricht er sich für geschlechtergetrennten Sportunterricht aus, begründet dies mit „religiöser Identität“ und definiert den Begriff „Dschihad“ positiv.

Gewerkschaften fordern 2000 Beamte zusätzlich

Bundesweit fehlen nach Gewerkschaftsangaben etwa 2000 Beamte im Strafvollzugsdienst. Personalforderungen, die angesichts der kriminellen „Neubürger“ sicherlich notwendig sind, für dessen Umsetzung dem Steuerzahler aber wieder einmal mehr tief in die Tasche gegriffen wird. Alles Probleme, die ohne die massenhafte Invasion von Muslimen nicht existent sein würden – und der massenhafte „Familiennachzug“ läuft bekanntlich demnächst erst an.